

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**23
81**

Union in Deutschland

Bonn, den 23. Juli 1981

Heuchlerisches Doppelspiel

Was Bundesregierung und SPD durch Form und Inhalt in die öffentliche Diskussion über den Doppelbeschuß der NATO einbringen, gleicht immer mehr einem Akt von Heuchelei, erklärte Helmut Kohl zu der anhaltenden Diskussion über den Doppelbeschuß der NATO und der verstärkten Kampagne der SPD gegen die CDU.

So berufen sich der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister international immer wieder — wie zuletzt beim Besuch des französischen Präsidenten Mitterrand — auf die überzeugend breite Mehrheit für den NATO-Doppelbeschuß im Deutschen Bundestag, um die Vertrauenswürdigkeit ihrer politischen Entscheidungen zu unterstreichen.

Diese breite Mehrheit im deutschen Parlament ist aber allein auf Initiative und Unterstützung der CDU/CSU zustande gekommen. Widerstand dagegen hat es ausschließlich in der SPD-Fraktion gegeben. Widerstand gab es auch auf dem letzten Bundesparteitag der FDP in Köln.

Jetzt fühlt sich Helmut Schmidt durch die klare Position von Mitterrand für den NATO-Beschluß politisch gestärkt. Auch Hans-Dietrich Genscher verweist die Nachrüstungsgegner auf die französischen Sozialisten und warnt vor der internationalen Isolierung der Bundesrepublik Deutschland.

(Fortsetzung auf Seite 2)

CDU

Die Partei hat 700 000 Mitglieder

Seite 3

JUNGE GENERATION

Wieder Perspektiven für eine menschliche Zukunft eröffnen

Seite 5

JOB-SHARING

Union stellt Mustervertrag vor

Seite 7

VERKEHR

Hauff trifft den Absprungbalken nicht

Seite 8

CDU RHEINLAND

Die Union hat wieder Tritt gefaßt

Seite 10

CDU WESTFALEN-LIPPE

Ein Parteitag der Ermutigung

Seite 11

RCDS

Für besseres und gerechteres BAFÖG

Seite 12

CDU BADEN-WÜRTTEMBERG

Lothar Späth ruft zum Kampf um die geistige Wegweisung auf

Seite 13

DOKUMENTATION

Die SPD und die deutsche Friedenspolitik 1981 grüner Teil

ÖA

Neue Broschüre über Helmut Kohl rosa Teil

■ INFORMATIONEN

Rommel: Kulturpolitik immer wichtiger

Der kommunalen Kulturpolitik kommt nach Auffassung des Stuttgarter Oberbürgermeisters Manfred Rommel (CDU) angesichts der Wandlungen der Jugend besondere Bedeutung zu. Rommel, der Präsident des Städetages ist, stellte in Bonn 41 Thesen zur kommunalen Kulturpolitik vor, die das Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgearbeitet hatte. Er betonte, der Gesinnungswandel der Jugend mache es notwendig, daß von den Kommunen ein Klima geschaffen werde, das diese Entwicklung in vernünftige Bahnen lenke. Da die Kulturpolitik hier eine Schlüsselstellung habe, sei sie „eines der beherrschenden Themen der Zukunft“.

Die kommunale Kulturpolitik in der Bundesrepublik leidet nach den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden des Kulturausschusses des Städetages, des Osnabrücker Oberstadtdirektors Raimund Wimmer, an einem Theoriedefizit. Dem solle die Thesensammlung abhelfen. Die deutschen Kommunen hätten 1979 insgesamt 3,1 Milliarden Mark für Kultur ausgegeben. Der Zugang zur Kultur sei offener denn je, und auch das Interesse an kulturellen Veranstaltungen sei stark gewachsen.

Hochschulbau: Klarer Erfolg der CDU/CSU

Das Ergebnis der Beratungen des Vermittlungsausschusses zur Erhöhung der Finanzmittel der Bundesregierung für den Hochschulbau ist ein klarer Erfolg der CDU und CSU in Bund und Landesregierungen.

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Rückenstärkung von Schmidt konnte aber nur gegen seine eigene Partei erfolgen; Genschers Warnungen sich nur gegen die SPD und Teile seiner Partei, der FDP, richten. Beide wissen, daß CDU/CSU ohne Abstriche den NATO-Beschluß in beiden Teilen unterstützen.

Dennoch ist die SPD dazu übergegangen, eine breite Verleumdungskampagne gegen die CDU/CSU zu starten. Nachdem die SPD bereits in den Wahlen des vergangenen Jahres die Kriegstoten des zweiten Weltkrieges in schamloser Weise für eine Verleumdungskampagne gegen die CDU/CSU mißbraucht hatte, erleben wir jetzt eine Fortsetzung dieser Art politischer Verleumdung.

Jetzt werden CDU/CSU von der SPD als „Raketen- und Aufrüstungspartei“ verleumdet, während Brandt sich als die neue Hoffnung für die sogenannte Friedensbewegung feiern läßt, deren einziges Ziel es ist, den NATO-Beschluß und damit die offizielle Regierungspolitik endgültig zum Scheitern zu bringen.

Schmidt und Genscher schweigen dazu. Sie scheuen sich, die eigentlichen Gegner der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland beim Namen zu nennen. Sie lassen die Verleumdungskampagne gegen die politischen Kräfte zu, die um des Friedens und der Freiheit unseres Landes willen für ein Kräftegleichgewicht in Europa eintreten. Diese Haltung grenzt in der Tat an Heuchelei.

Die Partei hat jetzt 700 000 Mitglieder

Die CDU ist die erfolgreichste politische Kraft der letzten zehn Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Sie konnte in diesem Zeitraum die Zahl ihrer Mitglieder von 300 000 auf 700 000 steigern. Keine andere politische oder gesellschaftliche Organisation in unserem Land kann auf einen ähnlichen Zuwachs verweisen, erklärte Heiner Geißler in Bonn.

Dieser Erfolg spricht für das Vertrauen vieler Bürger in die Politik der CDU, Probleme frühzeitig anzugehen und tragfähige Lösungskonzepte zu erarbeiten. Geistige Offenheit ist das Signum jeder Volkspartei und macht ihre Attraktivität aus. Daß die CDU diesem Anspruch in hohem Maße gerecht wird, zeigen die neuen Strukturmerkmale der Partei: Das Stadt-/Landgefälle konnte weitgehend abgebaut werden, und — was besonders erfreulich ist — immer mehr junge Mitbürger und Frauen finden den Weg zu uns.

Das Bild der CDU hat sich in den letzten zehn Jahren entscheidend verändert. Die Christlichen Demokraten sind die dynamische Kraft der deutschen Politik, die Klarheit der Aussagen, Führungskraft ihrer Persönlichkeiten und Sensibilität für die Probleme der Bürger auszeichnen, während sich die Sozialdemokraten zunehmend in Flügel- und Richtungskämpfen erschöpfen.

Nicht Selbstzufriedenheit wird unsere Konsequenz aus dieser positiven Mitgliederentwicklung lauten. Der Erfolg gibt uns vielmehr den Mut, weiter auch auf neuen Wegen um die Zustimmung gerade derer zu ringen, die der Politik bisher noch abwartend gegenüberstehen oder drohen, ganz — ins Unpolitische oder die Radikalität — abzuwandern.

Beispielhaft dafür ist die Vorbereitung unseres Hamburger Parteitages im November dieses Jahres.

Bundesgesetze engen Kommunen ein

Die kommunale Selbstverwaltung in der Bundesrepublik wird durch eine ausufernde Gesetzgebung des Bundes mehr und mehr eingeengt, wobei nicht nur die durch den Bundesgesetzgeber verursachten Personal- und Sachausgaben eine Rolle spielen, sondern auch die Vielfalt von Einzelvorschriften, die mit erheblichem Verwaltungsaufwand der Kommunen verbunden ist. Zu diesem Schluß kommt eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik

(Difu) in Berlin und unterstreicht damit die seit langem geäußerten Klagen der Kommunen.

Aktuelle Fragen der Medienpolitik

Das Präsidium der CDU unter der Leitung von Helmut Kohl und das Präsidium des BDZV unter seinem Präsidenten Alfred Neven-DuMont trafen sich zu einem Gespräch über aktuelle medienpolitische Fragen. Die CDU informierte über ihr medienpolitisches Konzept, während der BDZV seine Vorstellungen

über ein mit Radio Luxemburg zu verwirklichendes Fernsehprogramm erläuterte. Weitere Themen waren die wirtschaftliche Lage der Presse sowie Fragen der Journalistenausbildung und der Künstlersozialversicherung. Beide Seiten waren sich darin einig, daß das Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichts auch privaten Programmveranstaltern den Zugang zu den elektronischen Medien möglich macht. Helmut Kohl betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, auch solche privatrechtlich organisierten Rundfunk- und Fernsehprogramme einer öffentlichen Aufsicht zu unterstellen.

Gegen Einbürgerung von Ausländern

Der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel hat die Einbürgerung von Staatsangehörigen aus Entwicklungsländern grundsätzlich abgelehnt. In der Begründung dieser Entscheidung heißt es, von diesem Personenkreis werde erwartet, daß er nach Beendigung der Aus- und Weiterbildung in der Bundesrepublik seine Kenntnisse bei der Fortentwicklung des Heimatlandes einsetze.

Die schweigende Mehrheit meldet sich zu Wort

Eine in Datteln, Kreis Recklinghausen, als Initiative gegen den „Krefelder Appell“ (siehe UiD Nr. 19, S. 4) gegründete Aktionsgemeinschaft „Bürger für Frieden und Freiheit“ hat jetzt die „schweigende Mehrheit“ der Westdeutschen zu einer Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses aufgerufen.

Die Initiatoren der Aktion, zu denen der Oberkreisdirektor des Kreises Recklinghausen, der örtliche DGB-Vorsitzende sowie Mitglieder der drei Bundestagsparteien gehören, wollen im gesam-

ten Bundesgebiet Unterschriften für einen an das Präsidium des Bundestages gerichteten Friedensaufruf sammeln, in dem es unter anderem heißt, die Bundesrepublik müsse auch in Zukunft ein freier und unabhängiger Staat bleiben. „Wir sind deshalb gegen jede militärische Aggression, wie zum Beispiel die sowjetische Besetzung Afghanistans.“ Zugleich wird eine in Ost und West „gleichgewichtige Abrüstung“ gefordert.

Berlin bietet Türken Geld für Heimkehr

Berlin will Gastarbeiter und ihre Familien durch „finanzielle Anreize“ zur Rückkehr in ihre Heimat bewegen. Das erklärte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker (CDU), in einem Interview mit der NRZ. In Berlin leben zur Zeit 233 000 Ausländer, davon 140 000 Türken.

Weizsäcker betonte, das drückende Ausländerproblem Berlins sei nur zu lösen, wenn der Zustrom gestoppt werde. Auch dann sei im übrigen eine schnelle Lösung nicht zu erwarten. Weizsäcker: „Wichtig ist vor allem eines: Unsere ausländischen Mitbürger müssen sich entscheiden, ob sie hier bleiben wollen, dann müssen sie auf Dauer bereit sein, Deutsche zu werden, oder ob sie ihre nationale Identität bewahren wollen, dann müssen sie auch bereit sein zur Rückkehr in ihre Heimat.“

Zu den „materiellen Anreizen“, mit denen der Senat den Ausländern die Rückkehr in ihre Heimat erleichtern will, sollte nach Ansicht Weizsäckers auch „die Kapitalisierung ihrer bei uns erworbenen Ansprüche“ gehören. Weizsäcker erklärte, er werde zusammen mit anderen Ländern in dieser Richtung im Bundesrat aktiv werden.

■ JUNGE GENERATION

Wieder Perspektiven für eine menschliche Zukunft eröffnen

Mit den Zukunftschancen (und auch den Pflichten) der jungen Generation befaßten sich die Bundestags- und Landtagsabgeordneten der Union in einer zweitägigen Klausurtagung. Dabei stellte sich heraus, daß die Frage nach den Zukunftschancen der Jugend nicht mit Patentrezepten zu beantworten ist. Vielmehr ging es in der Tagung darum, die Probleme, die die Zukunftschancen der jungen Generation beeinträchtigen, intensiv und offen zu diskutieren und Konsequenzen für eine zukunftsorientierte Politik zu erörtern.

Ziel der Tagung war der Erfahrungsaustausch von Abgeordneten über die Einstellungen von Jugendlichen auf die Herausforderungen der kommenden Jahre. Hierbei standen die Fragen nach den Zukunftschancen unseres Landes sowie die Frage, ob und wie die Jugend die sich ihr bietenden Chancen nutzt, im Vordergrund des Interesses. Zwischen den Teilnehmern bestand Einigkeit, daß die Zukunftschancen maßgeblich von aktuellen politischen Weichenstellungen beeinflußt werden. Hierzu gehören vor allem Strategien zur Erhaltung des Friedens, der Sicherung unserer Umwelt, der Versorgung mit Rohstoffen und Energie sowie der Sicherung der beruflichen Lebenschancen unserer Jugend. Aber auch die Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungs-

fähigkeit, der Abbau der Staatsverschuldung, die Erhaltung des sozialen Sicherungssystems und Korrekturen im Bereich von Bildung und Beruf beeinflussen die Zukunftschancen der Jugend ganz entschieden.

Einhellig wurde die Meinung vertreten, daß die Herausforderungen, vor denen wir stehen, als Chancen gesehen und genutzt werden sollten. Hierzu ist Voraussetzung, daß die Parteien und gesellschaftlichen Institutionen sich in Zukunft wieder mehr den Fragen junger Menschen stellen. Junge Menschen haben Anspruch darauf, daß auf ihre Fragen in der politischen Auseinandersetzung entsprechende Antworten gegeben werden. Die CDU sieht ihre Aufgabe gegenüber der Jugend auch darin, zu formulieren, was junge Menschen selbst tun müssen, um die eigenen Zukunftschancen zu verbessern.

In der Tagung kam immer wieder zum Ausdruck, daß junge Menschen darüber klagen, sie hätten zu wenig eigene Entfaltungsmöglichkeiten, nahezu überall fänden sie festgefügte Strukturen vor. Es ist notwendig, der Jugend die zu ihrer Entwicklung notwendigen Freiräume wieder zu beschaffen. Als richtungweisend für die Suche nach Lösungen wurden hierbei u. a. die folgenden Grundsätze diskutiert.:

— Mehr Freiräume werden dadurch gesichert werden können, daß wir wieder vermehrt kleine, sich selbst steuernde

Organisations- und Verwaltungseinheiten schaffen. In diesem Zusammenhang kommt gerade den neuen Kommunikationstechniken eine entscheidende Bedeutung zu.

— Es ist vielerorts hinlänglich beschrieben, daß die Jugend Geborgenheit sucht. Diese Geborgenheit ist aber nur in überschaubaren Einheiten zu erreichen. Deshalb kommt der Dezentralisierung möglichst vieler Lebensbereiche eine entscheidende Bedeutung zu, weil dort an die Stelle bürokratischer Strukturen personale Beziehung und Verantwortung treten können.

— Dem Prinzip der Eigenverantwortlichkeit des einzelnen wird in Zukunft wieder mehr Bedeutung zukommen müssen, weil andernfalls die Solidargemeinschaft überfordert wäre. Dies ist ein Auftrag nicht nur an die Erziehung in Elternhaus und Schule, sondern auch an die Politik, die Strukturen schaffen muß, die Eigenverantwortlichkeit voraussetzen, anstatt sie — wie in vielen Bereichen heute erkennbar — zu benachteiligen. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, junge Leute von Schonraum zu Schonraum zu geleiten in einer überlangen Jugendphase.

— Als Voraussetzung zur Bewältigung der bestehenden Probleme muß eine möglichst qualifizierte und differenzierte Aus- und Weiterbildung für alle jungen Menschen angesehen werden. Diese Qualifikationen werden jedoch nicht nur durch Schule und schulische Lernformen, sondern vor allem auch in der ständigen Weitergabe von Erfahrungen in der Berufswelt selbst vermittelt. Der Einblick in die Lebenswirklichkeit wird auch in Zukunft ein entscheidendes Lernfeld sein. Wissenschaftsorientierung allein ist kein Universalschlüssel für eine sichere berufliche Zukunft. Es

gilt, der handlungsorientierten praktischen Bildungsarbeit mit ihrer hohen Motivations- und Prägekraft einen angemessenen Raum zu verschaffen.

— Um die Zukunftsaufgaben erfolgreich bewältigen zu können, ist eine Überprüfung aller bestehenden gesellschaftlichen Institutionen hinsichtlich ihrer Aufgabendienlichkeit und Wirksamkeit für den Menschen erforderlich.

— Die geistige und moralische Bewältigung des technischen Fortschritts muß zu einer zentralen Bildungsaufgabe werden. Mehr mathematisch-naturwissenschaftliches und technisches Wissen kann dazu beitragen, irrationale Ängste abzubauen.

Gegen Resignation und Angst

Viel Zustimmung fanden die von einem Referenten vorgetragenen Thesen, daß Mut zur Disziplin, Mut zur Vernunft und Mut zur Demut und Gelassenheit wichtige Voraussetzungen für die Bewältigung der Herausforderungen sind. Junge Menschen müssen wieder stärker in Verantwortung eingebunden werden und in ihrer Verpflichtung zu solidarischem Handeln bestärkt werden.

Wir gehen davon aus, daß die großen Probleme unserer Zeit gelöst werden können. Dazu ist allerdings ein weitgehender Konsens über Ziele und Werte erforderlich, der aus einem offenen und redlichen Gespräch gewonnen werden muß.

Mit Resignation und Angst werden die Zukunftsaufgaben nicht bewältigt. Es ist die Pflicht der Erwachsenen, vor allem auch der Politik und der Parteien, jungen Menschen Optimismus zu vermitteilen.

■ JOB-SHARING

Union stellt Mustervertrag vor

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat der Öffentlichkeit einen Mustervertrag für Arbeitsverhältnisse mit flexibler Arbeits- und Arbeitszeitteilung — das sogenannte Job-sharing — vorgelegt in der Erwartung, daß sich Arbeitgeber aller Branchen bereit finden, nach diesem Mustervertrag Arbeitsverhältnisse einzugehen.

Die Union will — so MdB Helga Wex — damit einen konkreten Beitrag zu Fragen der Familien-, Jugend- und Arbeitsmarktpolitik leisten:

- um Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Eltern ihre Berufs- und Familienpflichten miteinander besser vereinbaren können;

- um Jugendlichen, die sich weigern, in festen Zeitstrukturen zu arbeiten, eine flexible Arbeitsgestaltung anzubieten, statt sie zu „Aussteigern“ werden zu lassen;

- um durch Verteilung der Arbeit mehreren Arbeitslosen zumindest einen anteiligen Arbeitsplatz zu beschaffen.

Diese Arbeitsteilung beinhaltet, daß sich zwei oder mehr Arbeitnehmer(innen) einen Vollzeitarbeitsplatz nach individuellen Wünschen aufteilen können, und zwar nach dem Arbeitsinhalt wie auch nach der Arbeitszeit. Der Vorteil gegenüber einem üblichen Teilzeit-Arbeitsplatz besteht darin, daß

- beim Job-sharing dadurch, daß Vollzeitarbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden, eher auch höher qualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt werden;

- die Arbeitszeiten individueller —

nach Stunden, Tagen, Wochen, Monaten, ja bis zu Jahresfristen — gestaltet werden können.

Der Muster-Arbeitsvertrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterscheidet sich von amerikanischen Modellen und von einem durch den Arbeitsring Chemie veröffentlichten Vertrag in wesentlichen Punkten.

- Job-Partner sind zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet, bei Erkrankung oder Urlaub einen anderen Job-Partner zu ersetzen;

- eine automatische Kündigung bei gänzlichem Ausfall eines Job-Partners darf nicht erfolgen;

- zusätzliche Arbeitsleistungen sind wie bei einem Vollzeitarbeitsplatz zu entgelten.

Diese vertragliche Ausgestaltung verfolgt das Ziel, die Ausgewogenheit der Interessen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber herzustellen. Ob dieses Ziel erreicht wird, soll die praktische Anwendung in Modell-Arbeitsverhältnissen während zweier Erprobungsjahre klären. In dieser Zeit wird das Sozialforschungsinstitut der Adenauer-Stiftung diese Modell-Arbeitsverhältnisse wissenschaftlich begleiten.

Bereits jetzt ist ein großes Interesse an Job-sharing festzustellen. Die CDU/CSU veranstaltet im September 1981 ein Hearing mit Sachverständigen zum Thema „Arbeitszeit und Familie“, um noch gezieltere Fragen in die Untersuchung einzubeziehen. Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände sind um Stellungnahme und Mitarbeit gebeten worden.

■ VERKEHRSPOLITIK

Hauff trifft den Absprungbalken nicht

Wenn es nach den öffentlichen Ankündigungen von Minister Hauff ginge, dann hätte der Bundestag bereits ein stattliches Arbeitspensum an Initiativen aus dem Verkehrsressort vorliegen. Doch das genaue Gegenteil ist der Fall — Fehlanzeige auf der ganzen Linie.

Hauff gleicht im ersten Halbjahr seiner Amtszeit einem Weitspringer, der bei jedem Anlauf den Absprungbalken verpaßt — stellt MdB Günter Straßmeir, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages, fest.

So kündigte er — gerade im Amt — spontan für Ende März seinen neuen Straßenbauplan an mit der Streichung der Dringlichkeit II und der Aufteilung der bisherigen Dringlichkeit I in I a und I b. Tatsächlich ist ihm bisher nicht einmal die gesetzliche Absicherung seiner neuen Bedarfsplanung gelungen, weil er rechtlich nicht gangbare Wege beschritt. Niemand weiß heute, was Hauff an Straßen noch bauen will und was nicht.

Im verkehrspolitischen Koalitionsprogramm nahm er sich vor, im Zuge der Mineralölsteuererhöhung zum 1. April um sieben Pfennig je Liter dem öffentlichen Personennahverkehr einen Pfennig zweckgebunden zur Verfügung zu stellen. Beim Finanzminister handelte er sich damit eine totale Abfuhr ein.

Die angekündigte Reform der Flensburger Verkehrssünderkartei vollzieht sich bei Hauff lediglich in Denkmodellen, die

in Wirklichkeit nicht durchdacht sind. Bei einem Modell ist die Rechtsgarantie nicht gewahrt; ein anderes, das nur Straftatbestände als eintragungswürdig berücksichtigt — diese werden ohnehin schon registriert —, würde zu einer Doppelkartei führen.

Laut verkehrspolitischem Koalitionsprogramm sollte der Gesetzentwurf über die zivil-militärische Zusammenarbeit in der Flugsicherung so schnell wie möglich eingebbracht werden. Geschehen ist hier bisher ebensowenig wie beim angekündigten Verkehrslärmschutzgesetz, das nach den intensiven Vorarbeiten in der letzten Legislaturperiode längst dem Bundestag vorliegen könnte.

Bleibt schließlich Hauffs neuester Knüller, die geplante Änderung des Bundesbahngesetzes, bei der durch die tagtäglich anwachsende Zahl der Kritiker einerseits und durch den Zeitdruck bis zum Ablauf der Amtsperiode des derzeitigen Vorstandes der Bahn andererseits das Scheitern bereits vorprogrammiert ist.

Alles in allem ist dies ein bißchen viel Erfolglosigkeit für einen karrierebewußten Minister, dem die verfügbaren Haushaltssmittel ohnehin noch laufend zusammengestrichen werden.

CDU/CSU will Auskunft über Ostblock-Rüstung

Mit einer im Bundestag eingebrachten Anfrage versucht die CDU/CSU die Aufmerksamkeit auf die Rüstung des Warschauer Paktes in den letzten zehn Jahren zu lenken. In vier Fragen und 18 Unterfragen bittet sie die Regierung um Auskunft über die Maßnahmen des Ostblocks in allen Militärsparten und Waffengattungen bis hin zu den bakteriologischen und chemischen Mitteln.

KOALITION

Brandt-Reise spaltet SPD

Zu den anhaltenden Auseinandersetzungen innerhalb der SPD über die Bewertung der Moskau-Reise Willy Brandts und die künftige Sicherheitspolitik unseres Landes erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Philipp Jenninger.

Der Streit in der SPD über die Bewertung der Ergebnisse der Moskau-Reise des Parteivorsitzenden hat jetzt auch das Bundeskabinett erreicht: Verkehrsminister Volker Hauff nannte Brandts Reise — im Gegensatz zu den amtlichen Bewertungen durch Regierungssprecher Becker — „ausgesprochen hilfreich“. Hauff und Bundesjustizminister Schmude gaben übereinstimmend zu erkennen, daß sie — anders als der Bundeskanzler und der Vizekanzler — eine positivere Wertung der Brandt-Mission durch die Bundesregierung gewünscht hätten. Darüber hinaus hat auch das SPD-Präsidiumsmitglied Hans Jochen Vogel Brandts Moskauer Gespräche als „nützlich“ bezeichnet; der Hamburger Bürgermeister von Dohnanyi rühmte Brandts Reise als einen Beitrag von Bedeutung für die Bonner Politik.

Demgegenüber gibt Verteidigungsminister Apel im „Spiegel“ seine tiefe Skepsis hinsichtlich des von Breschnew wiederbelebten Moratoriums-Vorschlags und Brandts einseitigen Vorstellungen von einer „Null-Option“ zu erkennen. Und kein Geringerer als der Bundeskanzler hat im DFS die Beurteilung sei-

nes Regierungssprechers bekräftigt, wonach die Sowjetunion gegenüber Brandt „keine wesentlichen Zugeständnisse“ gemacht hat.

Die anhaltenden und sich verschärfenden Auseinandersetzungen in der SPD über die Sicherheitspolitik sind eine Gefahr für die Berechenbarkeit und Kalkulierbarkeit der deutschen Außenpolitik. Die SPD muß aufpassen, daß sie nicht vollends in zwei Parteien zerfällt.

Die USPD ist wieder da

Mehrere Gegner der Kernkraft und der Erweiterung des Frankfurter Flughafens haben der südhessischen SPD ihre Mitgliedschaft aufgekündigt. Unter dem Namen „Unabhängige Sozialdemokraten“ wollen sie auf einer gemeinsamen Liste mit den Grünen zur Landtagswahl 1982 kandidieren. Dieser Schritt ist womöglich der Beginn eines längst fälligen und notwendigen Klärungsprozesses innerhalb der SPD.

Auch Dohnanyi gegen Brokdorf

Nur weniger als einen Monat im Amt hat Hamburgs frischgebackener Erster Bürgermeister von Dohnanyi bekräftigt, daß auch er den Ausstieg der Hansestadt aus dem Bau des Kernkraftwerks Brokdorf vorantreiben wird. Durch Brokdorf werde Hamburg zu sehr abhängig vom Atomstrom, außerdem sei das Problem der Endlagerung nicht gelöst.

Bis vor wenigen Wochen noch war von dem SPD-Politiker anderes zu hören. Als Staatsminister im Auswärtigen Amt hatte er mit Nachdruck die Kernenergiepolitik der Bundesregierung auch öffentlich vertreten — und damit auch Brokdorf. Von Dohnanyi hat schnell gelernt, daß ohne den Rückhalt des linken SPD-Flügels auch für ihn nichts läuft. Eigenständige Politik ist also von diesem Bürgermeister nicht zu erwarten.

■ CDU RHEINLAND

Die Union hat wieder Tritt gefaßt

Die Christlich Demokratische Union des Rheinlandes hat nach dem tragischen Tod ihres Vorsitzenden Heinrich Köppler und nach dem Verlust zweier wichtiger Wahlen im Bund und Land wieder Tritt gefaßt. Auf dem 35. Landesparteitag in Aachen erklärte der Landesvorsitzende Bernhard Worms: „Wir sind mit Optimismus, Mut und Zuversicht angetreten, uns den großen Herausforderungen der Zukunft zu stellen und sie zu meistern.“

Die rheinische CDU bereitet sich ohne Hektik, aber selbstbewußt, ohne Euphorie, aber gewissenhaft und zuverlässig darauf vor, bis Mitte der 80er Jahre das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung und damit auch die politische Führung wiederzugewinnen. Mit dem 35. Landesparteitag, der gleichzeitig als erster „Rheinlandtag“ in die Geschichte der Union eingehen wird, hat die Partei einen guten Einstand gehabt. Die Kreisverbände an der Ruhr werden es mit Freude vernommen haben, daß sich die Union in dem bevölkerungsreichsten Gebiet der Bundesrepublik der besonderen Herausforderung stellen wird. Im kommenden Frühjahr soll „vor Ort“, dort wo die Union mit knapp über 30 % der Stimmen ihr größtes Defizit hat, ein neuer Werbefeldzug beginnen. „Wenn wir Städte wie München, Frankfurt und Berlin zurückerobern haben“, so Worms, „warum kann das in Essen, Duisburg oder Oberhausen nicht wieder möglich sein?“ Der Landesvorsitzende griff besonders

den SPD-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Johannes Rau scharf an. Dieser habe bisher nichts anderes vorzuweisen als eine Rekordzahl an Arbeitslosen, eine ausufernde Staatsverschuldung, ein immer größer werdendes Haushaltsdefizit, eine anhaltende wirtschaftliche Strukturkrise sowie eine deutliche Verschlechterung des sozialen Klimas. In ihrer Hilflosigkeit greife die Landesregierung den Städten, Kreisen und Gemeinden tief in die Taschen. Der Würgegriff dieser Politik werde spürbar in Hunderten von nicht eingelösten Bewilligungsbescheiden.

In seiner Schlußrede faßte Worms auch die Beratungen der vier Arbeitskreise des Parteitages zusammen, in denen die Problemfelder „Ehe und Familie“, „Wirtschaftliche Strukturpolitik“, „Schule der Menschlichkeit und Mitte“ und „Verantwortung für die Dritte Welt“ debattiert wurden. Er kündigte eine landesweite Initiative zur Rettung der Hauptschule vor Ort an. Denn wenn ein Dorf oder eine Gemeinde ihre Schule verliere, werde sie bis ins Mark getroffen; an dieser Schule hänge ja auch ein wesentlicher Bestandteil ihrer kulturellen Identität.

Bei nur wenigen Gegenstimmen verabschiedeten die Delegierten in Aachen eine Entschließung, in der sich die rheinische CDU „vorbehaltlos“ zum NATO-Doppelbeschuß bekannt und seine zeitgerechte Verwirklichung „in beiden Teilen“ verlangt.

Großen Beifall erhielt Rainer Barzel, der Bundeskanzler Schmidt vorwarf, dieser habe auf Sand gebaut. Demonstrativen Beifall gab es auch für ein Referat des Zürcher Philosophieprofessors Lübbe. Seine Thesen wurden von Kurt Biedenkopf gekonnt aufgegriffen und in praktische Nutzanwendungen für die aktuelle Politik umgesetzt.

■ CDU WESTFALEN-LIPPE

Ein Parteitag der Ermutigung

Zwei große Aufgaben hat der wiedergewählte Landesvorsitzende der CDU Westfalen-Lippe, Kurt H. Biedenkopf, seiner Landespartei für die kommenden Jahre gestellt: den Dialog mit der jungen Generation und die Sicherung des Friedens in Freiheit. Mit 339 von 435 Stimmen, das sind 78 Prozent der Delegierten, war Biedenkopf vom 37. Landesparteitag in Münster als Landesvorsitzender des zweitgrößten Landesverbandes der CDU wiedergewählt worden.

Der Parteikongreß von Münster war geprägt durch eine intensive und umfangreiche Antragsberatung, ein vielbeachtetes Referat des Landesvorsitzenden und die Personalwahlen.

Der Landesvorsitzende, der gleichzeitig Oppositionsführer der CDU im nordrhein-westfälischen Landtag ist, lastete der Bonner Koalition an, ihr Zerfall läne das Land. In Nordrhein-Westfalen habe die SPD zwar die parlamentarische Mehrheit, bei der Bevölkerung aber habe sie die Mehrheit verloren. Regierungschef Rau präsidiere in der „Attitüde des freundlichen, dialogbereiten Vergleichsverwalters, der Ruhm des Geschäftsbetriebes anordnet und auf bessere Zeiten hofft“.

Biedenkopf kritisierte vor allem die Wohnungspolitik der SPD in NRW. Sie wolle mit „sozialistischer Volksbeglückung“ Milliardenbeträge ausgeben, um

eine „angebliche Wohnungsnot zu lindern“.

Der Vorsitzende der rheinischen CDU, Bernhard Worms, der erstmals vor einem westfälischen Parteitag sprach, unterstützte Biedenkopf demonstrativ. Die CDU in Westfalen-Lippe solle einen Markstein setzen auf dem Weg zur politischen Wende 1984 in Deutschland und 1985 in Nordrhein-Westfalen unter Führung von Kurt Biedenkopf.

Nach einer ausführlichen, teilweise engagierten und äußerst lebhaften Diskussion lehnte der Parteitag mit 202 zu 162 Stimmen einen Antrag der JU ab, künftig auf das Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer zu verzichten.

Einstimmig bekannte sich der CDU-Parteitag zum Nato-Doppelbeschluß. Die Delegierten erklärten es als ein wichtiges politisches Ziel, „eine wirkliche beiderseitige Abrüstung im nuklearen Bereich“ herbeizuführen.

Die mit großer Spannung erwarteten Personalwahlen, insbesondere der vier stellvertretenden Landesvorsitzenden, brachten folgendes Ergebnis: Agnes Hürland und Heinrich Ostrop wurden ohne Gegenkandidaten in ihren Ämtern bestätigt. Der Landesvorsitzende der Jungen Union, Reinhard Göhner, konnte sich gegen den Finanzexperten der NRW-CDU, Theodor Schwefer, durchsetzen, und MdB Friedrich Vogel obseigte gegen den langjährigen stellvertretenden Landesvorsitzenden Rudolf Nickels.

■ RCDS

Für ein besseres und gerechteres BAFÖG

Mit einem eindeutigen Bekenntnis zur Wiedereinführung der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat beschloß die 33. außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) in Düsseldorf ihre Beratungen.

Die entsprechende Beschußvorlage wurde einstimmig verabschiedet.

Mit großer Mehrheit verabschiedeten die Delegierten einen Initiativantrag zur Erarbeitung einer gerechten Alternative zur derzeitigen BAFÖG-Förderung. „Der RCDS ist nicht nur der Meinung, daß die derzeitige BAFÖG-Förderung ungerecht ist“, erklärte der Bundesvorsitzende Johannes Weberling, „sondern er vertritt vielmehr die Auffassung, daß nur eine umfassende Neuorientierung der Förderung den Studenten helfen könnte. Der Bundesverband wird daher in der nächsten Zeit Alternativvorschläge erarbeiten und sowohl den Studenten als auch den verantwortlichen Politikern zur Diskussion vorstellen. Ziel muß sein, daß alle Studenten, die eine Förderung benötigen, diese auch in ausreichendem Maße bekommen können.“

Nach der Verabschiedung mehrerer Studienreformanträge beschloß die Bundesdelegiertenversammlung des RCDS Solidaritätsaktionen zur Unter-

stützung der demokratischen Kräfte in Malta und Kambodscha. Es sei für den RCDS ein Grundprinzip, daß man für Menschenrechte überall eintrete und deshalb besonders auch die Probleme kleiner Länder aufgreife, die eine Unterstützung der freien Welt besonders benötigen.

Der Wohnungsmangel, dessen alarmierendste Anzeichen die Hausbesetzungen seien, habe sich speziell in den Universitätsstädten „bis zur Unerträglichkeit“ gesteigert, heißt es im „Konzept des RCDS zur studentischen Wohnlage“. Als Sofortmaßnahmen forderten die Delegierten die Freigabe leerstehender renovierungsfähiger Wohnhäuser durch die Kommunen und die Wiederaufnahme der Förderung privater Studentenzimmer.

Im bildungspolitischen Bereich spricht der RCDS von einer Überbewertung der „geistig-theoretischen Ausbildung“. Nicht zuletzt dadurch sei es zur Überfüllung der Hochschulen und zur Degradierung direkt berufsbezogener Schulausbildung gekommen. Der RCDS setzt sich weiter für die Rückkehr zu kleinen Bildungseinheiten im Schul- und Hochschulsystem ein. Dabei sollten verstärkt private Initiativen gefördert werden.

Die Festrede hielt Rainer Barzel, der den Sozialdemokraten vorwarf, sie übertrügen ihre Krise auf den Staat. Der Parteivorsitzende Helmut Kohl bescheinigte dem RCDS, ein stabilisierender Faktor im deutschen Hochschulwesen zu sein. Generalsekretär Edmund Stoiber versicherte, der RCDS sei der einzige Ansprechpartner für die CSU.

■ CDU BADEN-WÜRTTEMBERG

Lothar Späth ruft zum Kampf um die geistige Wegweisung auf

Auf ihrem 16. Landesparteitag in Donaueschingen wählte die CDU Baden-Württemberg ihren neuen Landesvorstand. Vor den 420 Delegierten und über 250 Gästen forderte der Landesvorsitzende Lothar Späth die CDU in einer programmatischen Rede zur verstärkten Auseinandersetzung um die geistige Führung in der Politik auf.

Bei den Wahlen wurde Späth mit einem großen Vertrauensbeweis erneut als Landesvorsitzender bestätigt. Das gleiche gilt für Erwin Teufel, der auch in der kommenden Amtsperiode das Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden bekleiden wird.

„Wir müssen gegenüber einer Politik, die den Ausverkauf der Zukunft betreibt, um es sich hier und jetzt bequem machen zu können, in die Offensive gehen.“ Mit diesen Worten rief der Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg, Ministerpräsident Lothar Späth, seine Partei dazu auf, den Kampf und die geistige Wegweisung in Politik, Staat und Gesellschaft zu führen.

Mit großem Nachdruck appellierte Späth an die Union, sich nicht von den Schwierigkeiten der Bundesregierung einlullen zu lassen, nicht über Koalitionen, sondern über Konzeptionen nachzudenken.

● Wir müssen als Gegenreaktion zur Leistungsverweigerung den gemein-

schaftsstiftenden Sinn von Leistung wieder betonen.

● Wir müssen wegkommen von der rein ökonomischen Diskussion über Wachstumsraten. Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern soziale Bedingung und Verpflichtung.

● Wir müssen deutlich machen, daß Zufriedenheit und Geborgenheit nicht erkauft und nicht beim Staat eingeklagt werden können.

● Wir dürfen uns nicht auf eine Jugendpolitik einlassen, die sich allein als Jugendzentrumspolitik begreift. „Nicht an Kultstätten einer neuen Isolation, sondern an Gemeinschafts- und Verantwortungserfahrungen in der realen Existenz in Familie, Ausbildung, Beruf und Freizeit mangelt es.“

● Wir müssen uns massiv in die sogenannte Friedensdiskussion einschalten.

Zuvor hatte Lothar Späth in seiner Rede die SPD scharf angegriffen und ihr Tradition und Übung im Nichteinhalten von Versprechungen vorgeworfen. Nach der Bundestagswahl 1980 aber habe sie sich selbst übertragen. Die SPD und die von ihr zusammen mit der FDP getragene Bundesregierung brauchte sich über Staats- und Parteiverdrossenheit bei Erwachsenen und Jugendlichen nicht zu beklagen; sie selbst habe den Grund dafür gelegt.

In diesen Verantwortungszusammenhang gehört nach Späths Auffassung

auch die FDP. Sie habe sich in der Bonner Koalition als zu schwach zum Bremsen erwiesen, aber stark genug, um Schaden anzurichten. Späth warnte davor, der FDP irgendeinen politisch-moralischen Sonderstatus einzuräumen. „Die FDP ist nach wie vor bis zu den Grundfesten ihrer Existenz und ihrer Identität an die SPD gekettet.“

Die politischen Bemühungen Epplers und anderer SPD-Aussteiger außerhalb der Institutionen der parlamentarischen Demokratie bezeichnete Späth als den Versuch, die Tür zur Macht mit der Brechstange zu öffnen, weil die Eintrittskarte nach den Spielregeln unserer repräsentativen Demokratie nicht erworben werden kann.

Zu Beginn seiner Rede hatte Späth in einem kurzen Rechenschaftsbericht auf die positive Bilanz der Landespolitik hingewiesen. Als besonders erfreulich bezeichnete er die Entwicklung der CDU Baden-Württemberg, die sich bei allen Wahlen eindeutig als die bestimmende politische Kraft erwiesen habe.

Der Mitgliederzuwachs von über 5 000 seit Mai 1979 bestätigte ebenso wie diese Wahlergebnisse, daß die Bevölkerung der Partei, ihrer politischen Konzeption und ihren Repräsentanten vertraut.

Nach den Reden des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Erwin Teufel und des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Wörner, wurde als politisches Schwerpunktthema vom Landesparteitag eine Vorlage des Landesvorstandes „Schulpolitische Konzeption der CDU Baden-Württemberg für die 80er Jahre“ behandelt. Kultusminister Mayer-Vorfelder, der die Vorlage erläuterte, kündigte an, daß die CDU die bildungspolitischen Fehlentwicklungen korrigieren wolle.

KPV

Kommunen stärker entlasten

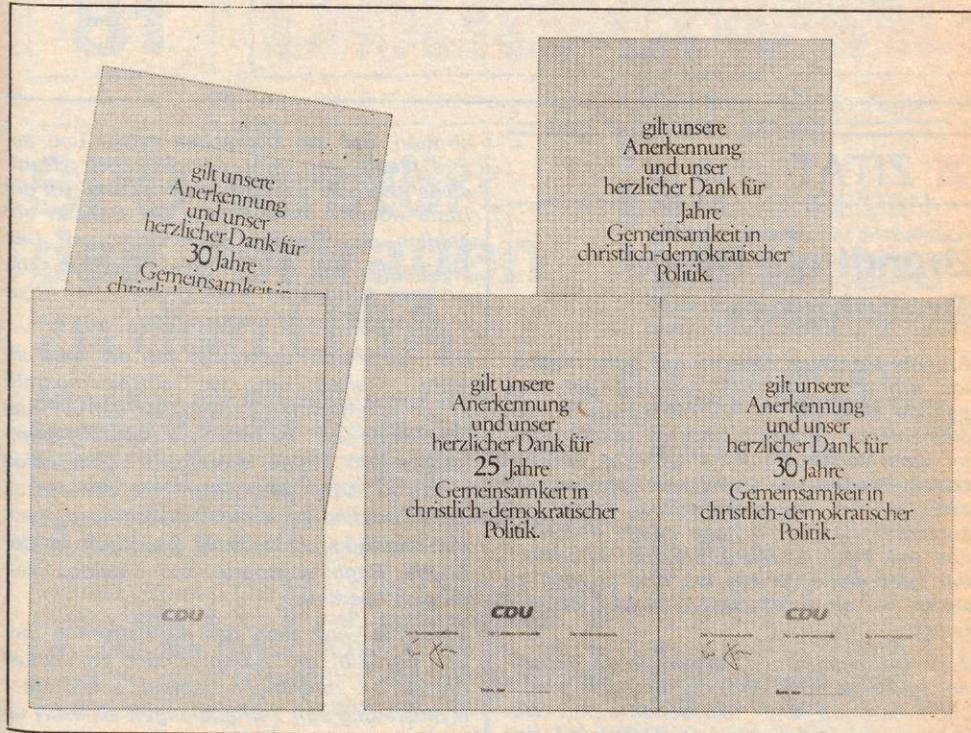
Die geplanten Sparmaßnahmen bei Bund und Ländern müssen auch die Gemeindehaushalte finanziell entlasten, sonst gehen 1982 die kommunalen Investitionen so stark zurück, daß erhebliche Nachteile für die Konjunktur und die Beschäftigungslage entstehen, erklärte MdB Horst Waffenschmidt, Bundesvorsitzender der KPV, in Bonn.

Immerhin leisten die Gemeinden zwei Drittel der öffentlichen Investitionen, und viele davon sind Voraussetzung für private Investitionen, z. B. der Bau von Kläranlagen und Kanalisation. Die Finanzsituation der Gemeinden hat sich dramatisch verschlechtert. Nach den neuesten Steuerschätzungen ist 1981 mit einem weiteren Rückgang der kommunalen Steuereinnahmen zu rechnen, während Bund und Länder noch Zuwachs verbuchen können. Für 1982 ist für die Gemeinden der geringste Zuwachs vorausgesagt.

Dies trifft die Gemeinden um so härter, als die Ausgaben, insbesondere auf Grund von Bundes- und Landesgesetzen, zunehmen. Allein die Sozialausgaben betragen bei den Gemeinden 1981 über 17 Milliarden DM. Da 90 % der Gemeindeausgaben durch Bundes- und Landesgesetze festgelegt sind, können die Gemeinden nur bei den Investitionen sparen. 1981 wird es ca. vier Milliarden DM weniger kommunale Investitionen geben. Für 1982 wird diese Lücke noch erheblich größer werden, wenn Bund und Länder die Gemeinden nicht entlasten.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neu im Angebot:



Ab sofort sind beim Versandzentrum neue Ehrenurkunden für 25- und 30jährige Mitgliedschaft sowie ohne Jahresangabe erhältlich. Die Urkunden haben das Format DIN A4 und sind auf weiß-braun-marmoriertem Karton gedruckt. Dazu kann eine passende Mappe bestellt werden.

Ehrenurkunde für 30 Jahre

Mitgliedschaft

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis pro 25 Exemplare: 5,75 DM
Bestell-Nr. 0245

Bestellungen an das **IS-Versandzentrum** · Postfach 1328 · 4804 Versmold

Ehrenurkunde für 25 Jahre

Mitgliedschaft

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis pro 25 Exemplare: 5,75 DM
Bestell-Nr. 0396

Ehrenurkunde neutral

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis pro 25 Exemplare: 5,75 DM
Bestell-Nr. 0397

Mappe für Ehrenurkunde

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis pro 25 Exemplare: 9,50 DM
Bestell-Nr. 0247

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN 1
POSTFACH 24 49
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Brandt als Bürge Breschnews

Brandts Moskauer Mission hat nichts Faßbares erbracht, was die Aussicht auf eine baldige west-östliche Verständigung in den elementaren Sicherheitsfragen konkretisierte, eine Verständigung, die etwas anderes bedeuten würde als westliches Appeasement und östliche Hegemonie. Zwar frischt sie kurzfristig das persönliche Image des Mannes auf, der „erstarnte Fronten aufbricht“, der „das Äußerste tut, um den Frieden zu retten“ — ein schon fast chamberlainsches Image.

Aber die politischen Kosten dieser Expedition sind sichtbar: Brandts mit den westlichen Partnern und insbesondere mit Washington nicht koordinierte Aktion hat den Zusammenhalt und die Zusammenarbeit des atlantischen Bündnisses bei der Verwirklichung seiner Sicherheitsbeschlüsse und das amerikanisch-europäische Vertrauensverhältnis empfindlich gestört. Seiner ganzen Anlage nach war sein Gang zu Breschnew ja ein Vorwurf an die Amerikaner, daß sie nicht genug „für den Frieden tun“, eine Demon-

stration, daß die Deutschen selber und auf ihre Weise, von ihrer west-östlichen „Nahtstelle“ her, die „Sache des Friedens“ an die Hand nehmen müßten, die bei Reagan angeblich nicht genug aufgehoben sei. Das Mißtrauen, das hier an die amerikanische Adresse kundgetan wird, dürfte seine Spuren jenseits des Atlantiks hinterlassen.

Das mag sich durchaus mit der Absicht jenes Kreises um den sozialdemokratischen Vorsitzenden decken, der den „Abbau der Bündnisse“ im Interesse einer „gesamtdeutschen“ Politik propagiert. Einstweilen deckt er sich aber kaum mit der Politik Schmidts und Genschers, die mit Nachdruck auf das Bündnis abstellt. Die Kluft in der Bonner Regierungspartei und Koalition weitet sich ebenfalls.

Vorschub wird auch der pazifistischen Illusion geleistet, die in Deutschland politisches Denken zu verdrängen beginnt, sowie einer Mythisierung von Verhandlungen als Wert an sich — als könnten sie von den Machtverhältnissen gelöst werden. Und gefördert wird jene Strategie Moskaus, die Reagans Politik des Machtgleichgewichts von Westeuropa her unterhöhlen will und die ihr altes Ziel der Auflösung des atlantischen Zusammenshalts verfolgt.

Neue Zürcher Zeitung, 13. 7. 81

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD